iv positionen
DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
März 2022

Kapitalmarkt-Booster für Österreich

Warum sich immer mehr Menschen für Aktien & Co interessieren, wieso Klimaschutz einen starken Aktienmarkt braucht und welche Anreize jetzt gesetzt werden müssen.

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

unsere INDUSTRIE hilft

INITIATIVE
IV-Task-Force „Unsere Industrie hilft“ eingerichtet *Seite 3*

KRIEG IN DER UKRAINE
Paradigmenwechsel bei der Energieversorgung? *Seite 4*

NIEDERÖSTERREICH
Studie: Green Deal kostet Wertschöpfung *Seite 10*

Wie sich der Krieg in der Ukraine auf die Industrie auswirkt

Welche Effekte die EU-Russland-Sanktionen auf die Industrie haben und warum der tatsächliche Schaden noch nicht abschätzbar ist.

Der furchtbare Krieg in der Ukraine bedeutet nicht nur für die europäische Sicherheitsarchitektur eine Zäsur. Auch die international vernetzte Wirtschaft ist von den Auswirkungen des militärischen Konflikts in unterschiedlichen Dimensionen massiv betroffen. Wie stark, hängt naturgemäß vom Grad der Verflechtung ab. Für Österreich ergibt sich dabei ein ambivalentes Bild.

Als zweitgrößter Investor ist Russland bedeutender Wirtschaftspartner, 650 heimische Unternehmen führen Niederlassungen im größten Land der Erde. Zu den rot-weiß-roten Lieferungen zählen bisher Maschinen und Anlagen, Pharmaerzeugnisse oder Lebensmittel. Umgekehrt importiert Österreich Gas, Öl und weitere Rohstoffe. In der Ukraine wiederum sind heimische Betriebe der sechstgrößte Auslandsinvestor und mit 200 Niederlassungen vertreten. Mit 190 Millionen Menschen sind beide Länder schon wegen ihrer Größe ein interessanter Markt. Dabei darf allerdings nicht das geringe ökonomische Gewicht beider Staaten übersehen werden: Trotz seiner 145 Millionen Einwohner liegt Russland beim globalen Vergleich der Wirtschaftsleistung (BIP) nur auf Rang 11 und damit zwischen Südkorea und Spanien. Die Ukraine reiht sich mit Rang 54 deutlich hinter Österreich (28) ein.

Sinkende Nachfrage & Investitionen

Die ersten Sanktionen treffen vorwiegend die russischen Verantwortlichen und Staatsunternehmen – sowie in überschaubarem Ausmaß europäische und österreichische Betriebe. Der Schaden für die Industrie entsteht direkt durch einzelne Sanktionen, wie etwa Exportverbote für Hightech-Produkte. Die IV wies zudem auf die gravierenden indirekten Auswirkungen hin: Konkrete Beispiele dafür sind die sinkende Nachfrage, auf den Prüfstand gestellte Investitionen bis hin zu Unterbrechungen von Lieferketten, die bereits sehr früh zu Produktionsausfällen geführt haben. Wie weit die Sanktionsschraube gedreht wird, war bis Redaktionsschluss der aktuellen Ausgabe der „iv-positionen“ nicht absehbar.

In der ORF-Diskussionssendung „Im Zentrum“ stellte IV-Präsident Georg Knill klar, dass Europa geschlossen gegen die Aggression auftreten müsse und alle sinnvollen Instrumente genutzt werden sollten, um Frieden herstellen. Dabei betonte er aber auch, dass die Maßnahmen sehr schmerzhaft für zahlreiche Unternehmen in Österreich seien. Entscheidend sei, dass trotz der Einschränkungen die Industrie am Laufen bleibe – schon im Interesse der Versorgungssicherheit im Land. Die IV sprach sich daher Anfang März deutlich gegen ein Gas-Embargo aus. Denn Österreich braucht diesen Energieträger, um Produktion, Beschäftigung und Wohlstand zu sichern (siehe Bericht auf Seite 4).

Wie wirken Sanktionen gegen Russland und helfen sie dabei, politische Ziele zu erreichen? Erste Schätzungen sprechen von einem Sinken der Wirtschaftsleistung um zehn bis 20 Prozent. Aktuell verhängt sind Finanzsanktionen, mit der die Finanzierung Russlands auf den internationalen Kapitalmärkten erschwert werden soll. Das Ziel ist, durch die Sperrung des EU-Luftraums und erschwerter Visa-Vergaben das größte Land der Erde international zu isolieren. Auch wenn auf Sicht die Beziehungen zu Moskau von diesem Krieg geprägt sein werden, darf die Brücke zum russischen Volk jedoch nicht zerschlagen werden.

IV-Präsident Georg Knill erörterte in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die österreichische Industrie.

GASTKOMMENTAR

Ein Papiertiger schärft seine Krallen

Zwischen Pandemie und Krieg rutschen derzeit andere Themen ins Abseits. Verständlich. Das Lieferkettengesetz, das die EU auf den Weg geschickt hat, beispielweise. Es verdient aber Aufmerksamkeit.

Die Stoßrichtung des vorgelegten Entwurfs der Europäischen Kommission: Unternehmen sollen für die Produktionsweisen und Arbeitsbedingungen ihrer Lieferanten stärker in die Pflicht genommen werden und für Verstöße entlang dieser Lieferketten auch zivilrechtlich haften. Damit will man die Einhaltung von Mindeststandards bei Menschenrechten, im Umwelt- und Klimaschutz erzwingen – egal, wo auf der Welt die Waren produziert werden. Erhoffter Kollateralnutzen: mehr Transparenz.

Keine Kinderarbeit, keine Umweltsünden mehr, dafür existenzsichernde Löhne, grüne Kreislaufwirtschaft und überhaupt mehr Fairness und Nachhaltigkeit: Klingt ja alles nicht so schlecht. Tatsächlich stellt sich diesen ambitionierten Zielen auch kaum jemand entgegen. Allein die angestrebte Verlagerung von Verantwortung Richtung Unternehmertum sorgt bei den Betroffenen für verständliche Kritik. Wäre es nicht einer der ureigensten Zuständigkeitsbereiche der Politik, dafür zu sorgen, dass von ihr festgelegte Normen, Regeln und Standards auch eingehalten werden?

Natürlich lassen sich die Kontrollvorschriften unter „sozialer Verantwortung“ abheften. Dass von Unternehmerseite aber „Augenmaß und Machbarkeit“ eingefordert wird, überrascht nicht, stoßen die eingemahnten Sorgfaltspflichten doch auf natürliche Grenzen. Es scheint die Komplexität globaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu ignorieren und nicht besonders realitätsnah zu sein, ein heimisches Unternehmen für etwaige Verfehlungen von Zulieferern der Zulieferer der Zulieferer verantwortlich zu machen.

> *„Die Gesetzesvorlage ähnelt aber eher einem Plan zur weiteren Bürokratisierung des unternehmerischen Alltags.“*

Ja, längst existierende, freiwillige Verpflichtungen, Zertifizierungen und Gütesiegel scheinen bislang nicht gereicht zu haben. Auch die bereits 2011 von der UNO verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind ambitioniert, aber etwas zahnlos. Es hat sich – wenig überraschend – gezeigt, dass die Einbindung in den internationalen Waren- und Dienstleistungsaustausch nicht automatisch zu einem ökonomischen, ökologischen und sozialen Upgrade vor allem am hinteren Ende der Lieferkette führt. Vielmehr hat die Globalisierung gewisse Wohlstandsasymmetrien verschärft. Das steht außer Diskussion.

Auch dass es keine Amnestie bei Menschenrechtsverletzungen und kein Wegschauen bei Umweltsünden mehr geben darf, steht außer Zweifel. Die Gesetzesvorlage ähnelt aber eher einem Plan zur weiteren Bürokratisierung des unternehmerischen Alltags. Das überfordert die Betriebe und raubt Europa seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Globale Verantwortung ja, aber um profithungrige Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, soziale Schieflagen zu beseitigen und die Einhaltung der Klimaschutzziele zu garantieren, braucht es sensiblere Instrumente. Betrieben die volle Verantwortung für die Durchsetzung der Menschenrechte oder ökologischer Mindeststandards in Drittstaaten zu übertragen, ihre Lieferketten also praktisch unter einen Generalverdacht zu stellen, wirkt wenig vertrauensbildend.

Traurig genug, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen dem Thema eine dramatische Aktualität geben, werden doch traditionsreiche, neu aufgesetzte und selbst noch nicht einmal in Betrieb genommene Lieferketten mittels weitreichender Sanktionen (und auch im wahrsten Wortsinn) gesprengt. Zumindest die Frage nach Schuld und Verantwortung stellt sich in diesem Fall aber nicht. Die Antwort ist eindeutig.

Klaus Höfler ist stellvertretender Chefredakteur des Blogs „Fakt und Faktor. Wirtschaft. Wissen und Wandel“: www.faktundfaktor.at. Zuvor war er für „Die Presse“ und „Kleine Zeitung“ tätig.

Fotos: Markus Rössl

Die Gastkommentare in den iv-positionen stellen die Meinung der Autorin bzw. des Autors dar und spiegeln nicht grundsätzlich die Position der Industriellenvereinigung wider.

Die Industrie braucht sichere Energie

Die IV steht klar hinter der Linie von Europäischer Union und Bundesregierung zum Überfall Russlands auf die Ukraine. Eine leistbare Energieversorgung muss für den Standort Priorität haben.

Die Invasion Russlands in der Ukraine betrifft uns in der produzierenden Wirtschaft und in der Kreditwirtschaft in vielerlei Hinsicht: Vor allem bangen wir um die Menschen im Kriegsgebiet. Österreichische Betriebe, die in der Region aktiv sind, machen sich große Sorgen um Gesundheit und Leben ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Familien. Viele heimische Unternehmen haben rasch Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen gesetzt. Neben der humanitären Katastrophe sind auch die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs und der Sanktionen massiv.

Klar ist: Österreichs Industrie unterstützt unmissverständlich die Linie der Bundesregierung und der Europäischen Union. Auf den Bruch des Völkerrechts und einen Angriffskrieg im Europa des 21. Jahrhunderts muss es angemessen klare und gemeinsame Antworten geben. Das sind wir den Menschen in der Ukraine und unseren Werten schuldig, auf denen auch unsere Wirtschaft steht.

Gleichzeitig steht außer Frage, dass unsere betroffenen Unternehmen bestmöglich bei der Bewältigung der großen Herausforderungen durch Krieg und Sanktionen unterstützt werden müssen. Die Industriellenvereinigung steht daher gerade in diesen Krisenzeiten in engem Austausch mit staatlichen Behörden, um einerseits IV-Mitglieder möglichst rasch zu informieren und andererseits politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern ein aktuelles Lagebild aus der Industrie zu vermitteln. Neben abgerissenen Lieferketten und mangelnder Verfügbarkeit von Rohstoffen haben Energieversorgungssicherheit und Energiekosten jetzt Priorität für den Standort Österreich. Oberste Aufgabe der Energiepolitik ist es, die störungsfreie Versorgung mit Energie – konkret mit Erdgas – aufrechtzuhalten. Ein massiver Eingriff wie die Energielenkung, bei der einzelnen Teilen von Gesellschaft und Volkswirtschaft die Energie schlichtweg abgedreht wird, muss jedenfalls verhindert werden (siehe Bericht auf Seite 4). Fakt ist: Haushalte und Industrie sind auf Erdgas angewiesen. Es bleibt unverzichtbar für die Produktion von Gütern, auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten kann.

Künftig wird deutlich mehr auf die Diversifizierung von Energielieferungen zu achten sein. Langfristig werden der verstärkte Ausbau erneuerbarer Energie und gesteigerte Energieeffizienz ihren Beitrag dazu leisten, unabhängiger von russischer Energie zu werden. Dazu müssen aber endlich Genehmigungsverfahren für große Erneuerbaren-Kraftwerke massiv beschleunigt und die dafür erforderlichen Stromleitungen geschaffen werden. Notwendig sind die sofortige Anwendung des bereits bestehenden Standortentwicklungsgesetzes sowie eine echte (!) Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes. Mangelnder Reformeifer wäre angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage geradezu skurril. Bis auf Weiteres werden wir aber weiterhin Öl und Gas aus Russland beziehen, denn auch der ambitionierteste Ausbau erneuerbarer Energie wird keinen kurzfristigen Beitrag zur sicheren Energieversorgung in unserem Land leisten können.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 7. März war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine finden Sie unter: **www.iv.at**

IV-MEINUNG

„Die Stahlindustrie in ganz Europa hat Pläne für eine Reduktion des CO2-Fußabdrucks entwickelt. Wir sind auch startbereit. Was fehlt, sind die Rahmenbedingungen dafür: genug grüne Energie, leistungsfähige Netze und ausreichend Unterstützung der Regierung für die Transformation.“

Herbert Eibensteiner,
Vorstandsvorsitzender
voestalpine AG

„Gerade in der Krise zeigt sich die Bedeutung einer robusten, standorttreuen und innovativen Wirtschaft. Das sollte man bei künftigen Diskussionen über standortrelevante Infrastrukturprojekte nicht vergessen.“

Markus Comploj,
geschäftsführender Gesellschafter
Getzner, Mutter & Cie.

„Europa hat das Thema Mikroelektronik versäumt. Wir haben weder bei Datenspeicherung, Cloud-Services, Datenverarbeitung in Europa einen Anteil. Aber endlich passiert etwas.“

Andreas Gerstenmayer,
Vorstandvorsitzender AT&S

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS

Fotos: AdobeStock, IV/Michalski

INITIATIVE

Unsere Industrie hilft

Anfang März hat die Industriellenvereinigung die Task-Force „Unsere Industrie hilft“ eingerichtet. Diese fungiert vor allem als Contactpoint, um Hilfeleistungen einfach und punktgenau zu ermöglichen. „Unsere Industrie hilft“ erreichen Sie unter **industrie.hilft@iv.at** bzw. unter der Hotline **0664 841 29 23**. Die IV möchte mit dieser Initiative einen (kleinen) Beitrag leisten, die humanitären Aktivitäten aus dem Kreis der Industrie zentral zu bündeln und so bestmöglich zu unterstützen. Weitere Informationen unter: **www.iv.at**

unsere INDUSTRIE hilft

ZAHL DES MONATS

146.000

In den vergangenen vier Quartalen konnten laut Statistik Austria im Schnitt 146.000 offene Stellen auf dem Arbeitsmarkt nicht besetzt werden. Den größten Zuwachs an offenen Stellen gab es im produzierenden Bereich mit einem Plus von 50 Prozent im Jahresvergleich. Hier waren im Jahr 2021 durchschnittlich 40.200 Stellen vakant.

Die Industrie unterstützt die aktuellen Reformgespräche zur Arbeitslosenversicherung neu und bringt sich hier mit ihrer Expertise ein. Dabei ist es entscheidend, Anreize zu schaffen, um arbeitslose Personen wieder rasch ins Erwerbsleben zurückzubringen. Einen ausführlichen Bericht über notwendige Reformschritte finden Sie auf www.iv.at bzw. in der April-Ausgabe der iv-positionen.

Paradigmenwechsel bei der Energieversorgung?

Der Krieg in der Ukraine hat die Preise für Energie und Rohstoffe weiter in die Höhe getrieben. Warum die Diversifizierung bei Energielieferungen Zeit braucht und weshalb gerade jetzt schnellere Genehmigungsverfahren entscheidend wären.

Schon vor Kriegsausbruch war 2022 ein Jahr der ökonomischen Extreme: Die Inflation kletterte im Februar auf 5,9 Prozent und somit auf den höchsten Wert seit 38 Jahren. Ebenso dramatisch war der Anstieg der Energiekosten: Gegenüber der Zeit vor der Corona-Pandemie hat sich der Preis für Strom bereits vor dem Krieg verdreifacht, jener für Gas sogar versiebenfacht. Selbst ohne russischen Angriff auf die Ukraine wäre mit einer Rückkehr in Richtung Normalität nicht vor dem Frühjahr 2023 zu rechnen gewesen.

Angesichts der furchtbaren Ereignisse sind seriöse Prognosen kaum möglich, die ohnehin bereits hohen Energiekosten werden durch den Konflikt weiter angeheizt. Allein am Tag der russischen Invasion stieg der Gaspreis von 80 auf rund 130 Euro je Megawattstunde, Anfang März bewegte er sich in Richtung 200 Euro. Vor allem für energieintensive Unternehmen verursacht das einen beträchtlichen Schaden – unabhängig davon, ob sie mit Russland im Handel stehen. Im Gegensatz dazu hat sich der Gaspreis in den USA oder anderen Regionen mit Abstand weniger bewegt.

Der aktuelle Konflikt zeigt einmal mehr, wie stark die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie an der Verfügbarkeit von Energie und wettbewerbsfähigen Preisen hängt. Zwar ist Österreich dank seiner großen Gasspeicher vergleichsweise gut vorbereitet. Dennoch bleibt eine unangenehme Wahrheit: Die Abhängigkeit der europäischen Energieversorgung von Russland ist gewaltig. 2021 wurde von Russland Gas mit einem Energiegehalt von über 1.600 Terawattstunden nach Europa geliefert. Um das zu ersetzen, bräuchte es 1.500 Freudenau-Kraftwerke oder rund 70.000 Windräder der größten 280 Meter hohen Onshore-Windturbinen.

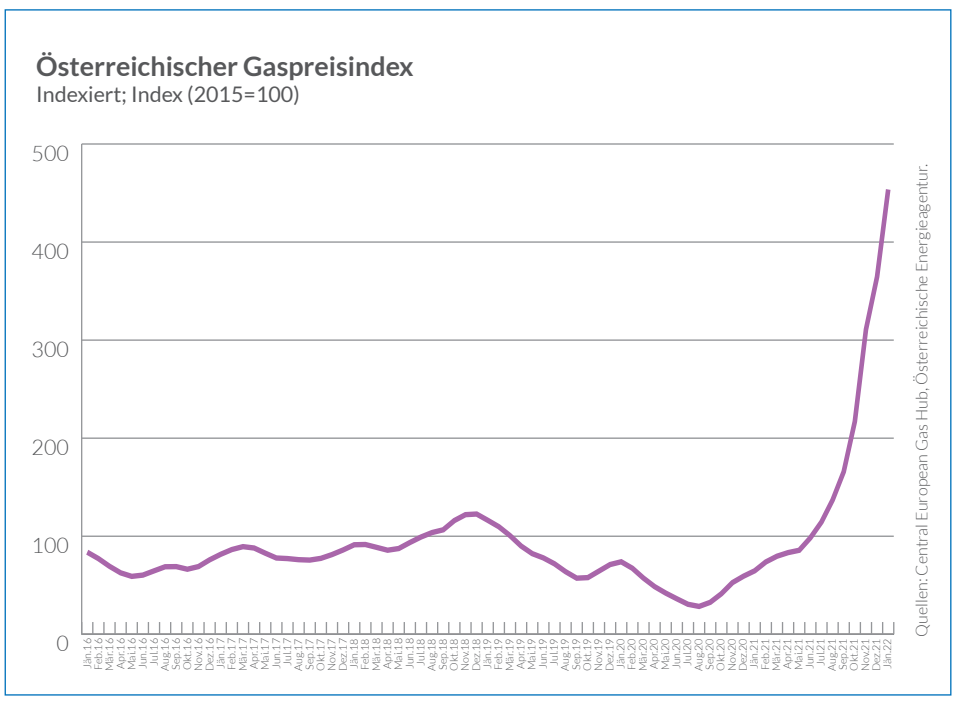
Austausch mit Bundesministerin Gewessler

Welche Auswirkungen hat der Krieg auf die heimische Versorgungssicherheit? Vor dem jüngsten Energielenkungsbeirat Anfang März sprach sich die IV vehement für eine störungsfreie Versorgung mit Energie aus. Der massive Eingriff der Energielenkung, wobei einzelnen Teilen der Gesellschaft und Volkswirtschaft die Energie abgedreht würde, müsse jedenfalls verhindert werden. Das und die hohen Energiepreise waren auch zentrales Thema bei einem Austausch mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler und den Unternehmensvertretern der IV-Ausschüsse für „Infrastruktur“ sowie „Ressourcen, Energie & Ökologie“.

Genehmigungsverfahren beschleunigen

Die dramatischen Entwicklungen werden zu einer Zäsur österreichischer und europäischer Energiepolitik führen: Mehr Diversifizierung bei Energielieferungen ist notwendig, wird aber angesichts der Größenordnung nicht so schnell möglich sein, wie sich das so mancher vorstellt. Derzeit bezieht Österreich 80 Prozent seines Erdgases aus Russland, mehr als 40 Prozent des Gesamtverbrauchs benötigt die Industrie. Doch nicht nur die Unternehmen – von der energieintensiven Industrie bis zu KMU – sind auf diesen Energieträger angewiesen. Er wird auch für die Stromerzeugung benötigt, und hier auch für die Stabilisierung der Stromversorgung beim Übergang auf ein erneuerbares Energiesystem. Das ist das weniger bekannte Gesicht von Erdgas. Wäre Flüssiggas (LNG) eine kurzfristige Alternative zum Erdgas? Damit könnte die Gasversorgung diversifiziert werden. Allerdings fehlen laut Analysten derzeit in den europäischen Gasterminals die Kapazitäten, um die benötigten Mengen zu verarbeiten und zu transportieren. Zudem ist auf den Märkten derzeit nicht ausreichend LNG verfügbar. Grund dafür sind bestehende Lieferverträge.

Ein langfristiger Weg in Richtung mehr Unabhängigkeit von russischer Energie führt über die fortschreitende Umstellung auf eine CO2-freie Wirtschaft mit dem verstärkten Ausbau erneuerbarer Energie. Das geht aber nur mit einer Kraftanstrengung, die Genehmigungsverfahren für große erneuerbare Kraftwerke beschleunigt und die dafür erforderlichen Stromleitungen schafft. Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt, neue Energieinfrastrukturen zu errichten? Für die Industrie ist klar: Jetzt muss es darum gehen, ins Handeln zu kommen. Und dafür muss die Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes genutzt und das bereits bestehende Standortentwicklungsgesetz angewendet werden.



Bereits vor dem Ukraine-Krieg erreichte der Gaspreis den siebenfachen Wert im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit.

IV-FAKTENCHECK

Wie gerecht ist unser Steuersystem?

In der politischen Diskussion ersetzen Meinungen und Gefühle zunehmend Fakten. Eine Analyse zeigt, warum manche Ideen in die Sackgasse führen:

Laut OeNB-Erhebung HFCS (Household Finance and Consumption Survey) ist die Schieflage bei Vermögen in Österreich zu groß. Eine Vermögensteuer würde einen Ausgleich schaffen.

Tatsache ist: Das Steuersystem in Österreich ist schon heute ausgesprochen progressiv gestaltet und wirkt massiv umverteilend: Fast 70 Prozent des Einkommensteueraufkommens wird schon jetzt von den einkommensstärksten elf Prozent der Einkommensteuerbezieher geschultert, während die unteren 55 Prozent mehr aus dem Steuertopf erhalten, als sie einzahlen. Zudem gibt es bereits zahlreiche vermögensbezogene Steuern.

Die Fakten zeigen zudem:

- Die angeführte Studie eignet sich nicht dafür, eine Empfehlung für eine bestimmte Form der Besteuerung von Vermögen auszusprechen. Das bestätigen sogar die Studienautoren selbst. Grund ist etwa eine sehr ungenaue Datenlage.
- Vermögensteuern treffen Unternehmen und Jobs: Als die Vermögensteuer in Österreich 1994 abgeschafft wurde, traf die Abgabe zu 80 bis 95 Prozent Betriebsvermögen und damit fast ausschließlich Unternehmen.
- Belastung für den Mittelstand: Um ein relevantes Volumen zu erreichen, wäre eine Besteuerung von Unternehmen und großen Teilen der Bevölkerung (Hausbesitzer, Pensionisten, Landwirten etc.) erforderlich. Spätestens mittelfristig wird die Vermögensteuer aufgrund der kalten Progression zu einer Mittelstandsteuer.
- 72 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind der Meinung, dass eine Vermögensteuer auf Privatbesitz breite Teile der Bevölkerung trifft und abzulehnen ist.

Die IV hat in einer Blitz-Kampagne auf ihren Social-Media-Kanälen modern und zielgruppengerecht informiert, warum zusätzliche Belastungen völlig kontraproduktiv wären.

Fotos: Adobe Stock

Wie Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte die Lehre sehen

Eine aktuelle Umfrage zeigt: Beim Einstieg in eine Lehre sind Jugendliche weiterhin mit zahlreichen Hürden konfrontiert. Und das liegt keinesfalls ausschließlich an Corona.

Der Lehre geht es gut. Schon vor Corona befand sie sich im Aufwärtstrend und auch der Rückschlag durch die Pandemie konnte mittlerweile mehr als aufgefangen werden. So heißt es oft. Doch stimmt das auch – angesichts der Lehrlingszahlen, die noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt sind und den regelmäßigen Berichten aus Unternehmen von qualitativ und quantitativ nicht ausreichenden Bewerbungen? Die Industriellenvereinigung und die branchenübergreifende Initiative „zukunft.lehre.österreich." wollten es genau wissen. In ihrem Auftrag befragte das Marketinstitut im Jänner Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Schulstufe an Mittelschulen und Gymnasien. Aus der Unternehmensperspektive reflektierten IV-Präsident Georg Knill, Werner Steinecker (Energie AG, z.l.ö.), Bernhard Reisner (Miba), Britta Schindler (A1) und Michael Strugl (Verbund) die Ergebnisse bei der Studienpräsentation im Februar.

Jugendliche wünschen sich mehr Berufsorientierung

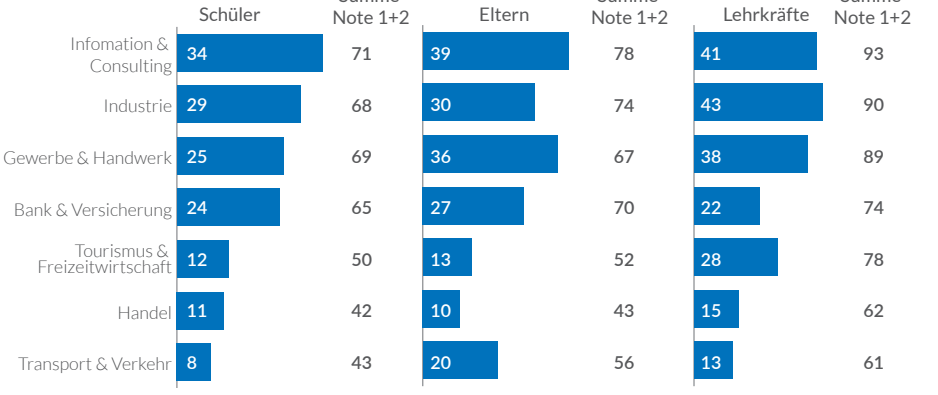
Die Ergebnisse zeigen deutlich, wie schwierig der Einstieg in eine Lehre von allen Befragten wahrgenommen wird: Die jungen Menschen blicken zwar grundsätzlich eher optimistisch in die Zukunft, dennoch gibt etwa die Hälfte von ihnen Schwierigkeiten bei den richtungsweisenden Entscheidungen zu ihrer Zukunft an. Nur jede bzw. jeder zehnte Befragte der 13- bis 14-Jährigen bewertet die aktuelle Bildungs- und Berufsorientierung als gut, fast alle wünschen sich generell eine bessere Bildungs- und Berufsorientierung in der Schule. Ein Hemmschuh bleibt die COVID-19-Aufstiegsklausel. Dadurch fehlen den Betrieben mittlerweile an die 10.000 Jugendliche in der Lehrausbildung. Für die Wirtschaft wird es immer schwieriger, genug geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu finden.

Unternehmen und Jugendliche fanden zuletzt wegen unzähliger abgesagter Info-Veranstaltungen und Schnuppertage deutlicher schwerer zueinander. Digitale Lösungen konnten hier einiges, aber nicht alles kompensieren. Trotz alledem ist vor allem den Jugendlichen grundsätzlich bewusst, dass die Industrie eine der spannendsten Branchen für eine Lehre ist – mit ausgezeichneten Karrierechancen. Aber: Immer noch wird die Matura und damit der Zugang zur Hochschule als Nonplusultra der Bildung betrachtet. Das belegt die nach wie vor mangelnde Bekanntheit von weiterführenden Berufsbildungsangeboten und alternativen Zugängen zu Hochschulen, wie etwa neuerdings der „Bachelor professional", für dessen Teilnahme einschlägige Berufserfahrung erforderlich ist.

IV-Präsident Knill betonte die zentralen Empfehlungen der Industrie: eine deutlich umfassendere Berufsorientierung an Schulen insbesondere zu den Möglichkeiten und Angeboten der Industrie, keine mildere Aufstiegsklausel in diesem Schuljahr sowie eine qualitätsvolle Einstiegsphase für alle angehenden Lehrlinge.

In welchen Branchen kann man gut Karriere machen?

Karrieremöglichkeiten: Note 1 / Summe Note 1+2



Quelle: Marketinstitut, IV, zukunft.lehre.österreich

Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte schätzen die Karrieremöglichkeiten in der Industrie gut ein. Dennoch entscheiden sich zu wenig junge Menschen für eine Lehre im produzierenden Bereich.

MINT-Mittelschulen starten ab nächstem Schuljahr

Aktuell bereitet das Bildungsministerium mit den „MINT-Mittelschulen" einen neuen Schultyp in Österreich vor. Dabei werden zentrale Empfehlungen der Industrie umgesetzt.

Was bisher nur dem Musik- und Sportbereich offenstand, soll nun auch bei Naturwissenschaft & Technik möglich werden: Ein erweiterter Lehrplan und mehr Ressourcen. Zusätzlich zu den „regulären" MINT-Stunden (u.a. Mathematik, Physik, Chemie, technisches & textiles Werken und digitale Grundbildung) soll ein neuer fächerübergreifender Gegenstand „MINT" mit elf Wochenstunden in vier Jahren entstehen. Dieser soll eine Brücke zwischen den traditionellen MINT-Fächern bilden und projektorientiertes Arbeiten ermöglichen.

Die neue Schulform soll beginnend mit dem Schuljahr 2022/23 als Schulversuch an rund 50 Schulen umgesetzt werden, bevor sie flächendeckend ausgerollt wird. Mittelfristig soll damit auch das Problem der Schulsprengel aufgelöst werden. Schülerinnen und Schüler könnten dann über die Schulsprengelgrenzen hinweg eine MINT-Mittelschule besuchen. Die Industriellenvereinigung ist im „Sounding Board" mit beratender Stimme vertreten. Wichtig ist, dass damit wesentliche Empfehlungen des IV-Programms „MINT2020" umgesetzt werden. So ist es bereits gelungen, mehr Praxis- und Innovationsnähe im Lehrplan des neuen Faches „MINT" zu verankern.

Die neuen MINT-Mittelschulen reihen sich in den Kanon jener Schulen ein, die schon heute einen thematischen MINT-Schwerpunkt führen. Sie bieten insbesondere „MINT-Gütesiegelschulen" oder „MINT-Schwerpunktschulen" die Chance auf ein „Upgrade" und werden damit wichtige Zubringerfunktionen in Richtung HTL und technischer Berufsschulen übernehmen.

ÜBERBLICK: SCHULEN MIT MINT-FOKUS IN ÖSTERREICH

MINT-Gütesiegelschulen: Fokus auf begeisterndes Lernen und Lehren und die Unterrichtsqualität in MINT unabhängig vom Bildungsschwerpunkt: Initiative von IV, Bildungsministerium, Wissensfabrik und PH Wien für Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Matura (www.mintschule.at)

MINT-Schwerpunktschulen: Schulautonomer MINT-Bildungsschwerpunkt an Mittelschulen oder Gymnasien, eingeschränkte Verschiebung von Ressourcen wie Schulstunden in Richtung MINT möglich

NEU: MINT-Mittelschulen als Sonderform: zusätzliche MINT-Ressourcen „On-Top", neuer Unterrichtsgegenstand MINT (+11 Wochenstunden), Schulsprengel gelten für „Schulen in Sonderform" im Regelbetrieb nicht mehr

Schulen mit fokussierten MINT-Ausbildungen: Technische Berufsschulen, HTL, Höhere Land- und forstwirtschaftliche Schulen

IV-UPDATE

Neue Stiftung soll mehr Frauen in die Technik bringen

Nur ein Viertel aller hoch qualifizierten Wissenschafts- und Technikjobs sind in Österreich durch Frauen besetzt. Dabei bietet gerade der MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sinnstiftende Tätigkeiten, ausgezeichnete Bezahlung und spannende Karriereperspektiven. Und genau hier setzt die neu gegründete Stiftung „MINTality" an. Sie will Lösungen aufzeigen, um Frauen spannende Karrieren in technischen Berufen zu ermöglichen und finanziell unabhängiger zu machen, Teams diverser zu gestalten und den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

„Mit einem Stiftungsvolumen von über 1,2 Millionen Euro jährlich bin ich überzeugt, dass wir ganz konkrete Projekte umsetzen können und somit nicht nur ein Think-Tank, sondern auch ein Do-Tank sind", erklärt die Initiatorin und Sprecherin der Stiftung, Therese Niss. Die Stiftung setzt fünf Arbeitsschwerpunkte: Erfolgreiche Projekte zur MINT-Förderung von Mädchen sollen vernetzt und skaliert werden; Maßnahmen für die innovative PädagogInnen-Fortbildung bei der MINT-Wissensvermittlung und Gendersensibilisierung sollen entwickelt werden; konkrete Projekte sollen dazu beitragen, Rollenbilder und Stereotypen aufzubrechen; das digitale Lernspiel „Robitopia" aus Oberösterreich soll bundesweit ausgerollt werden; zudem soll ein Begleitprozess für Mädchen aufgesetzt werden, um sie auf ihrem technischen Ausbildungs- und Berufsweg zu unterstützen.

Für Niss ist klar: „Die Initiative kommt aus der Wirtschaft und ist für die Wirtschaft." Gründungsmitglieder der Stiftung sind Fronius, Miba AG, KNAPP AG, Magna International Europe Group, Oberbank, Greiner, TGW Logistics Group, Umdasch Group Foundation, A1 Telekom Austria AG, Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer Österreich und die Innovationsstiftung für Bildung.

V.l.n.r.: IV-Präsident Georg Knill, Initiatorin und Stiftungssprecherin Therese Niss (Mitterbauer Beteiligungs-AG), Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Fronius International GmbH), Jakob Calice (Innovationsstiftung für Bildung) präsentierten die neue MINTality-Stiftung.

Fotos: Adobe Stock, the Voice agency

Österreich braucht Kapitalmarkt-Booster

Für Altersvorsorge und Green Investments soll es gezielte Anreize geben, zeigt die neue Kapitalmarkt-Umfrage von Aktienforum und Industriellenvereinigung. Mehr Wirtschaftsbildung ist für den heimischen Kapitalmarkt zukunftsentscheidend.

„Die Bevölkerung ist weiter als die Politik“: Das ist für IV-Präsident Georg Knill die zentrale Erkenntnis aus der neuen Kapitalmarkt-Umfrage von Industriellenvereinigung und Aktienforum. Die von Meinungsforscher Peter Hajek (siehe Interview) durchgeführte Studie macht deutlich, dass sich Umgang und Wissen zum Thema Kapitalmarkt auch durch die Corona-Krise deutlich geändert haben – und Industrie und Bevölkerung bei Anreizen an einem Strang ziehen.

Interesse hoch, Wirtschafts- und Finanzbildung gefragt

Wichtigstes Ergebnis der Studie: Das Interesse der Österreicherinnen und Österreicher für Aktien, Anleihen, Investmentfonds oder Wertpapiere ist seit 2016 signifikant gestiegen. 29 Prozent der Menschen, die bisher keine dieser Geldanlagen besitzen, interessieren sich nun für einen Kauf. Zum Vergleich: 2016 waren es nur 7 Prozent. Bei jungen Menschen unter 30 Jahren haben sogar zwei von drei ein prinzipielles Interesse an diesen Anlageformen, berichtet Meinungsforscher Peter Hajek ein auffälliges Studienergebnis. Knill: „Die Industrie steht hier an der Seite der jungen Menschen, deren Interesse für die Chancen und Risiken des Kapitalmarkts überdurchschnittlich hoch ist.“ Das eigene Wissen über den Kapitalmarkt wird zwar als gering eingeschätzt, aber es steigt. Ein Viertel (24%) der Befragten kennt sich aktuell gut oder eher gut mit Veranlagungen an der Börse aus, 2017 war das nur jeder Fünfte (21%). Die Menschen wünschen sich jedenfalls mehr Wissen über den Kapitalmarkt: 74 Prozent fordern daher, dass dafür bei der Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schullehrplänen angesetzt werden soll.

Österreicher wollen steuerliche Anreize

Die Altersvorsorge ist für die Österreicherinnen und Österreicher ein wichtiges Thema – dem sie allerdings mit realistischen Erwartungen begegnen: Drei von fünf Befragten (59%) befürchten, dass sie mit einer staatlichen Pension nicht gut auskommen werden. Nur jeder dritte Unter-30-Jährige gibt an, privat für die Pension bereits vorgesorgt zu haben. Bei den 30- bis 50-Jährigen tut dies mehr als jeder Zweite (54%). Klar ist: Es braucht mehr Anreize für die Vorsorge. Drei von vier der Befragten (76%) fordern daher steuerliche Anreize auf Veranlagungen zur privaten Pensionsvorsorge. Ebenso stehen drei von vier Befragten (74%) einer steuerlichen Begünstigung klimafreundlicher Investitionen positiv gegenüber.

> *„Das Interesse der Menschen an Aktien, Anleihen und Investmentfonds steigt stark. Sie bei der Umsetzung durch Anreize nicht zu unterstützen, wäre unsozial.“*
>
> Georg Knill
> IV-Präsident

Behaltefrist bei der KESt wieder einführen

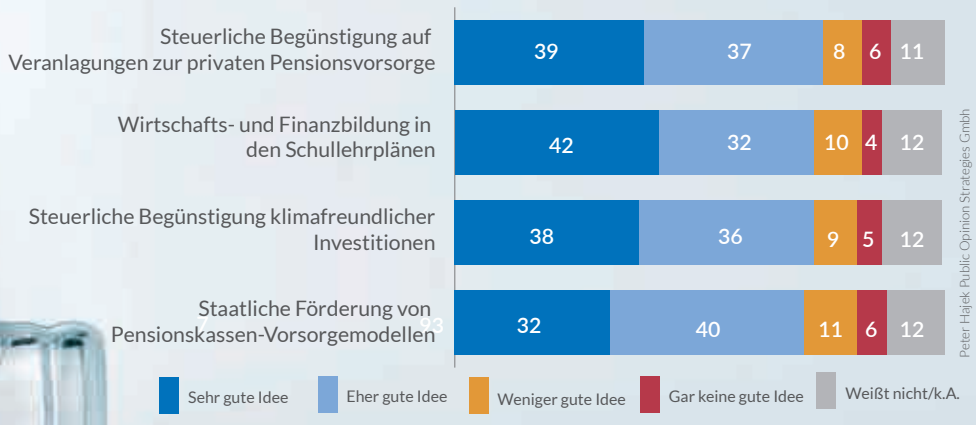
Für IV-Präsident Georg Knill sind die Umfrageergebnisse klarer Beleg dafür, dass die geplante Wiedereinführung der Behaltefrist bei der KESt auch rasch und ohne ideologische Vorurteile umgesetzt werden muss. „Das würde gerade alle jene Menschen unterstützen, die bereit sind, langfristig auch in ihre Altersvorsorge zu investieren“, so Knill. Der internationale Vergleich (siehe Kasten) zeigt zudem, dass Österreich bei diesem Thema erheblichen Handlungsbedarf hat: „Mit der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Wertpapieren ohne Freigrenzen oder Reduktionen der Bemessungsgrundlage zählt Österreich zu einer Minderheit von Staaten. Innerhalb dieser Ländergruppe haben wir obendrein noch den dritthöchsten Steuersatz. Was Unterstützung für den privaten Vermögensaufbau betrifft, sind hier andere Staaten deutlich weiter“, so Robert Ottel, Präsident des Aktienforums.

Klimaschutz-Begünstigung für Menschen, Klima und Standort

Ein weiterer Kapitalmarkt-Booster wartet beim Thema Klimaschutz. Steuerliche Anreize müssten auch jedem Klimaschützer ein Herzensanliegen sein, so IV-Präsident

Ideen, um Österreicher zu motivieren, mehr an der Börse zu investieren

Werden die nachstehenden Vorschläge für eine sehr, eher, weniger oder gar keine gute Idee gehalten?



Eine deutliche Mehrheit hält steuerliche Anreize sowie mehr Information und Aufklärung über die Chancen und Risiken am Finanzmarkt für notwendig und richtig.

Knill: „Klimaschutz braucht Eigenkapital. Wir reden hier von Investitionen in Billionenhöhe. Das kann der öffentliche Sektor nicht allein stemmen“. Eine Begünstigung für Investments in innovative Unternehmen, die Klimalösungen entwickeln oder die Energiewende mit erneuerbaren Energien vorantreiben, wäre eine Win-Win-Win-Situation für Menschen, Klima und Standort. Die Regierung könnte durch eine KESt-Befreiung bei ökologischen Investitionen ein klimapolitisches Ausrufezeichen setzen, was sich grundsätzlich auch im Regierungsprogramm wiederfindet. „Richtig umgesetzt kann Green Finance ein wichtiger Baustein sein“, unterstreicht auch Ottel, der eine EU-weite praktikable Lösung fordert.

„Was Unterstützung für den privaten Vermögensaufbau betrifft, sind hier andere Staaten deutlich weiter.“

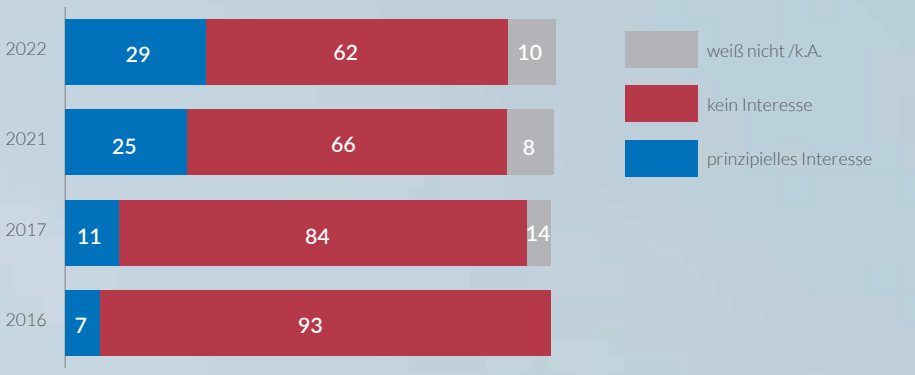
Robert Ottel
Präsident Aktienforum

Finanzbildung für alle

Neben diesen bereits kurz- und mittelfristig wirksamen Maßnahmen plädieren Industrie und Aktienforum für breite Wissensvermittlung in Sachen Finanz- und Wirtschaftsbildung. IV-Präsident Georg Knill: „Die Finanzstrategie des Finanzministeriums ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung, und zwar für alle Altersgruppen, von Jugendlichen bis zu den Erwachsenen. Dabei müssen Lehrmaterialien überarbeitet und mit finanzrelevanten Inhalten angereichert werden.“ Notwendig ist aus Sicht von IV und Aktienforum, Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schullehrplänen bereits ab der Unterstufe oder Mittelschule stärker zu verankern. Außerdem soll beim nächsten PISA-Test auch das OECD-Financial-Literacy-Tool abgefragt werden. IV-Präsident Knill: „So sehen wir laufend: Wo steht Österreich aktuell – und wo sollte es in Zukunft stehen, wenn es darum geht, die Möglichkeiten eines modernen, attraktiven Kapitalmarktes optimal zu nutzen?“ Für Knill ist angesichts der Studienergebnisse klar: „Das Interesse der Menschen an Aktien, Anleihen und Investmentfonds steigt stark. Sie bei der Umsetzung durch Anreize nicht zu unterstützen, wäre unsozial – gerade in Zeiten niedriger Zinsen und hoher Inflation. Umso wichtiger ist, dass wir als Industrie auf Seite all derer sind, die die Chancen des Kapitalmarkts nutzen möchten.“

Interesse an Anlageformen ist gestiegen

Wären sie derzeit prinzipiell am Kauf von Aktien, Anleihen, Investmentfonds oder sonstigen Wertpapieren interessiert?



Quelle: Marketinstitut, IV, zukunft.lehre.österreich

Immer mehr Österreicherinnen und Österreicher wollen und suchen Alternativen für ihren privaten Vermögensaufbau und ihr Ansparverhalten. Gerade in Zeiten niedriger Zinsen und hoher Inflation muss das ein Weckruf für die Politik sein.

Internationaler Vergleich: Anreizpolitik für Kapitalbeiträge

Quelle: EcoAustria

Mit der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Wertpapieren ohne Freigrenzen oder Reduktionen der Bemessungsgrundlage zählt Österreich zu einer Minderheit von Staaten.

„DIE MENSCHEN SEHEN DIE DINGE REALISTISCH“

INTERVIEW

Meinungsforscher Peter Hajek über die Einschätzungen der Bevölkerung zu Finanz- und Zukunftsfragen.

ZUR PERSON:

Peter Hajek ist Geschäftsführer und Eigentümer des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Peter Hajek Public Opinion Strategies. Der Politikwissenschafter beschäftigt sich seit 25 Jahren mit empirischer Sozialforschung.

Die aktuelle Umfrage zeigt, dass das Interesse an Aktien und Anleihen deutlich zugenommen hat. Wie interpretieren Sie diesen Anstieg?

Es tut sich etwas auf den Märkten. Bei jenen, die bisher noch nicht veranlagt sind, sehen wir nicht nur einen signifikanten, sondern einen exorbitanten Anstieg. Die Corona-Pandemie hat natürlich auch Einfluss auf das Anlageverhalten der Menschen: Rund 30 Prozent sagen, dass sich ihr Anlage- und Sparverhalten verändert hat. Es sind vor allem Menschen, die bereits in Aktien oder Wertpapiere investieren und über gutes Börsenwissen verfügen – und unter 30-Jährige.

Jüngere sind deutlich finanzaffiner als Ältere?

Auf jeden Fall. Wir beobachten einen echten Generationengap: Bei Jüngeren ist das Interesse an der Börse signifikant größer.

Was die Frage der Anreize für Kapitalmarkt-Investitionen betrifft, ist die inhaltliche Übereinstimmung von Industrie, Aktienforum und Bevölkerung auffallend hoch…

…ja, es gibt breite Zustimmung zu den diversen Ideen, wie man die Investitionsbereitschaft erhöhen könnte. Das wäre also politisch sicheres Terrain für den Gesetzgeber, hier Verbesserungen umzusetzen. Die Bevölkerung ist jedenfalls nicht gegenteiliger Ansicht, sondern die Menschen sehen die Dinge sehr realistisch: Die durchaus hart gestellte Frage, dass eine Besteuerung von Gewinnen aus Wertpapieren, die der Pensionsvorsorge dienen, nichts anderes als versteckter Pensionsraub sei, erhält von der Mehrheit Zustimmung.

Kann man also sagen, dass trotz mangelnden – und eingestandenen – Kapitalmarktwissens der ökonomische Hausverstand in der Bevölkerung gut ausgeprägt ist?

Die Österreicherinnen und Österreicher schätzen die Lage sehr gut ein. Sie wissen, dass man mit den traditionellen Veranlagungen derzeit Verluste macht, aber Wertsicherung oder -steigerung mit Wertpapieren möglich ist. Gleichzeitig empfinden sie sich nicht ausreichend auf die neuen Märkte vorbereitet. Das hindert Menschen daran, ihr sauerverdientes Geld gewinnbringend anzulegen.

„Wir beobachten hier einen echten Generationengap: Bei Jüngeren ist das Interesse an der Börse signifikant größer.“

Fotos: Adobe Stock

Hehres Ziel rechtfertigt nicht realitätsferne Ausgestaltung

Warum der Vorschlag für das EU-Lieferkettengesetz nicht praxistauglich ist und weshalb sich die Politik nicht aus der Verantwortung stehlen darf.

Ein simpler Schokoriegel hat bis zu 30 Zutaten, die wiederum aus zahlreichen Herkunftsländern eingekauft werden. Für einen Großteil der Unternehmen ist es fast unmöglich, zu wissen, welcher Lieferant in der 5. oder 7. Ebene gegen Standards verstößt. Allein dieses Beispiel verdeutlicht, wie wenig praktikabel der im Februar vorgelegte Vorschlag für die EU-Lieferketten-Richtlinie ist. Dieser will Betriebe künftig verpflichten bzw. in Haftung nehmen, ihre gesamte Wertschöpfungskette auf etwaige umweltschädigende oder gegen die Menschenrechte verstoßende Produktionsverfahren zurückzuverfolgen.

Unlösbare Aufgabe für kleine und mittlere Unternehmen

Wer wird davon betroffen sein? In der ersten Phase soll es um Kapitalgesellschaften ab 500 Mitarbeitern und 150 Millionen Euro Jahresumsatz gehen. Zwei Jahre später zielt das Gesetz auf Unternehmen ab 250 Beschäftigten ab, die in bestimmten Branchen mit einem Jahresumsatz ab 40 Millionen Euro tätig sind (u.a. Textil, Land- und Forstwirtschaft, Holz, Nahrungsmittel, Bodenschätze, Metall, Mineralien, Chemie). Die Regeln sollen auch für Nicht-EU-Unternehmen gelten. Und zwar für jene, die in der EU tätig sind und deren jährliche in der EU erwirtschaftete Umsatzschwelle 40 Mio. Euro überschreitet. KMU werden durch Überwälzung der Informationspflichten ebenfalls erreicht. Die Unternehmensleitung soll verpflichtet werden, Sorgfaltspflichten einzurichten, zu überwachen und in die Unternehmensstrategie zu integrieren. Weiters sind eine zivilrechtliche Haftung des Unternehmens (beschränkt auf die erste Lieferkettenebene Tier 1) und Sanktionsmaßnahmen vorgesehen.

Wie bewertet die Industrie den Vorschlag? Das grundlegende Ziel des Lieferkettengesetzes wird befürwortet, eine überschießende Richtlinie aber abgelehnt. Es ist unrealistisch, kleinere und mittlere Unternehmen dazu zu verpflichten, sicherzustellen, dass ein Lieferant in der 5. oder 7. Lieferkettenebene Standards einhält. Für viele Betriebe wäre das eine unlösbare Aufgabe. Mehr als fraglich ist, ob Unternehmen überhaupt die Marktmacht haben, die von der EU-Kommission angestrebten neuen Verhaltenskodizes in allen Drittstaaten durchzusetzen. Generell liegt es in der Verantwortung der Staaten, die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards zu garantieren. Verletzungen dieser höchsten Rechte zu vermeiden und zu sanktionieren, kann nicht einfach auf Unternehmen übergewälzt werden. Die Politik darf sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen. Wie geht es weiter? Eine politische Einigung auf EU-Ebene gilt bis Jahresmitte 2023 als möglich. Danach haben die EU-Länder zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in innerstaatliches Recht umzusetzen. Die Industrie setzt sich für ein anwendbares und praktikables Gesetz ein, das wichtige Standards wirksam stärkt.

AKTUELLES IN KÜRZE

Quantum Austria will Technologiesouveränität stärken

Das Programm Quantum Austria wird aus Mitteln des Aufbau- und Resilienzplans (2022-2026) der Europäischen Union finanziert. Mit insgesamt 107 Mio. Euro werden exzellente, transformative und innovative Forschung und Entwicklung im Bereich Quantentechnologien inklusive Quantencomputing sowie Next Generation High Performance Computing gefördert. Ziel ist es, Österreich in der EU und weltweit weiterhin wettbewerbsfähig zu positionieren sowie Quantentechnologie erfolgreich für innovative Produkte und Dienstleistungen zu nutzen. Alle Informationen zum Programm Quantum Austria, den aktuellen Ausschreibungen von Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und Wissenschaftsfonds (FWF) sowie Ansprechpartner finden Sie unter https://www.ffg.at/quantum-austria. Um die Positionierung Österreichs als Deep-Tech Standort zu forcieren, organisiert die Industriellenvereinigung (IV) eine Veranstaltung am 23. März 2022 (17 bis 19 Uhr), auf der die zukünftigen Anwendungsfelder für Quantentechnologien in der Industrie sowie Maßnahmen, die bereits heute gesetzt werden können, diskutiert werden.

Aviso: 5. Kongress christlicher Führungskräfte, 27. – 29. April 2022

Seit Anfang 2020 erleben wir die wohl größte gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderung der letzten Jahrzehnte. Verunsicherung und Erschöpfung sind auch in Unternehmen weit verbreitet. Drängend wird dabei bewusst, wie bedeutend die Kraft positiver Zukunftsbilder ist und wie notwendig Personen sind, die hoffnungsvoll Schritte setzen, um diese zu verwirklichen. Zuversicht gehört zum Profil von Führungskräften. Die eigene Zuversicht zu pflegen und zu erhalten und andere damit zu inspirieren, ist eine zentrale Führungsaufgabe.

Der diesjährige Kongress christlicher Führungskräfte im Stift Göttweig steht unter dem Motto: „Die Kraft der Zuversicht. Führen in volatilen Zeiten." Nähere Informationen und Programm unter: www.wertevollfuehren.at

BLICK VON AUSSEN

Masterplan Rohstoffe 2030 – Eine Rohstoffstrategie für Österreich

Als Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen der Rohstoffbranche veröffentlichte das Bergbauministerium (BMLRT) gemeinsam mit IV-Präsident Georg Knill den Masterplan Rohstoffe 2030.

Roh- und Grundstoffe sind die Basis von Produktion und Wertschöpfung der Industrie. Gerne werden sie als Sündenbock für Umweltverschmutzung, Ausbeutung oder Konflikte herangezogen. Fehlen sie allerdings, kommt es zum Erliegen von Produktion und unseres gesamten Alltags. Aber nicht nur das, auch unsere Planungen für die Zukunft und die von der Politik eingeläutete Wende stehen damit auf dem Spiel.

„Durch die Umstellung der Energieerzeugung, der Mobilität sowie die Dekarbonisierung, wird der Bedarf beispielsweise an Seltenen Erden, Nichteisenmetallen oder auch Industriemineralen massiv steigen. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen bringt globale Herausforderungen mit sich, ohne die das Erreichen der Klimaziele unmöglich wird", meint dazu Bundesministerin Elisabeth Köstinger. Das aktuelle Beispiel Magnesium, das zu 90 Prozent aus China importiert wird, zeigt die Notwendigkeit deutlich auf, welches das entscheidende Legierungselement für Aluminium und damit ein wesentliches Bauelement für den Leichtbau von Fahrzeugen ist.

Die Forcierung von Rohstoffabbau und Recycling in Europa und Österreich ist daher ein wesentlicher Faktor, um ein unabhängiges, krisenresistenteres, aber auch nachhaltigeres Ökosystem zu schaffen. Deshalb hat das Bergbauministerium den Masterplan Rohstoffe 2030 vorgestellt, der Lösungsvorschläge liefert, um auf die Herausforderungen der gegenwärtigen Dekade reagieren zu können. „Unser Ziel ist es, die verantwortungsvolle und sichere Versorgung Österreichs mit primären und sekundären mineralischen Rohstoffen gewährleisten zu können", unterstreicht der zuständige Sektionschef Andreas Reichhardt.

Es wurden Maßnahmen zur Stärkung des heimischen Wirtschafts- und Industriestandorts entwickelt, die zu einem ökosozialen Mehrwert beitragen sollen. Neben der heimischen Ressourcenbasis und der Gewährleistung einer gesicherten internationalen Rohstoffbeschaffung finden auch Innovation, Ausbau der Kreislaufwirtschaft sowie die Themen wie Akzeptanz, Bildung und Dialog besondere Berücksichtigung. „In einer zunehmend herausfordernderen Situation, wo Green Transition, Energieversorgung und geopolitische Abhängigkeiten in Einklang gebracht werden müssen, bietet sich die Sektion IV Bergbau des BMLRT als verlässlicher Partner für die Industrie an, um gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen zu gestalten", sagt Reichhardt.

Bundesministerin Elisabeth Köstinger und IV-Präsident Knill bei der Präsentation des Masterplan Rohstoffe 2030

WEBTIPP
Alle Infos zum Masterplan Rohstoffe 2030 finden Sie unter:
bmlrt.gv.at/masterplan-rohstoffe

Fotos: AdobeStock, Paul Gruber

Fixing the Basics: Von Breitband über Regulatorik bis zum Investitionsklima

GRUPPE 1031
Netzwerk junger Unternehmer und Führungskräfte

Ohne Schaffung bzw. Ausbau unterstützender Rahmenbedingungen in den Bereichen technischer Infrastruktur, Organisation und Verwaltung ist das Ziel eines digitalen zukunftsfitten Österreichs nicht zu erreichen.

Die Anforderungen an Zugang und Verfügbarkeit von Internet in allen Regionen haben sich vervielfacht und die Grenzen der Infrastruktur verdeutlicht. Österreich liegt beim Zugang zu digitaler Infrastruktur lediglich im EU-Mittelfeld. Neben den Grundpfeilern Breitbandzugang und -verfügbarkeit stellen eingeschränkte e-Skills und e-Knowledge eine wachsende Hürde für die digitale Wettbewerbsfähigkeit dar.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit im European Innovation Scoreboard relativ zur EU ist seit 2017 rückläufig. Österreich behauptet sich dennoch im vorderen Mittelfeld der „Strong Innovators". Will man wieder zur Spitze der „Innovation Leaders" gehören, braucht es gerade in den aufgezeigten Bereichen verstärkte Maßnahmen.

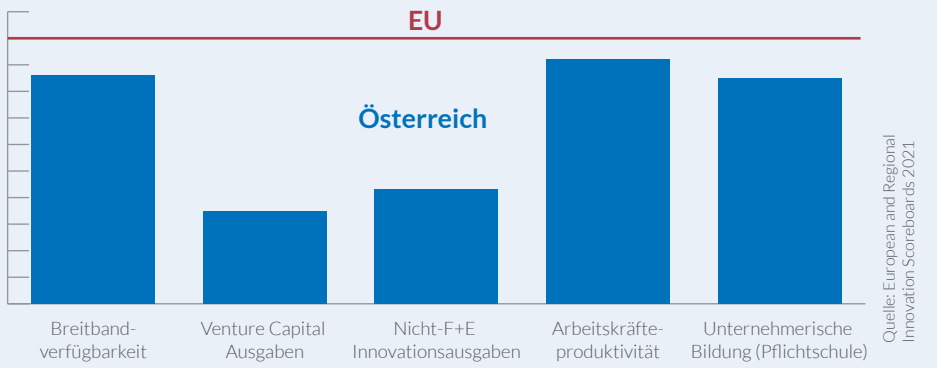
Was fordert die gruppe1031 und was kann Österreich konkret in drei Jahren umsetzen?

1. Die klare Priorisierung und Beschleunigung des Ausbaus bestehender Infrastruktur sowie einer Bereitstellung notwendiger Mittel sind essenziell. Die erhöhte Leistungsfähigkeit und die Verfügbarkeit digitaler Infrastruktur in allen Regionen steigern die Attraktivität des gesamten Standorts Österreich.

2. Vorausdenken und Innovation müssen unterstützt werden. Deregulierung auf öffentlicher Ebene und gleichzeitiges aktives Fördern von Industrie und Bildungseinrichtungen sind dafür dringend notwendig.

3. Der Ausbau einer innovationsfreundlichen Wirtschaftspolitik mit signifikanten Erleichterungen bei digitaler Transformation und Innovationsprojekten wird die Attraktivität für den Kapitalmarkt und zusätzliche Investitionen schaffen.

4. Digitalisierung wird massiv Chancen und Nutzen für Mehrwert und Lebensqualität eröffnen. Die Angst vor Veränderung behindert diesen Prozess. Daher wird eine Kommunikations- und Image-Offensive zum Thema Digitalisierung gefordert.



WEBTIPP

Weitere Details zu den Forderungen finden Sie auf **www.gruppe1031.at**

Blick hinter die Kulissen der Unternehmensbewertung

Unter dem Motto „Rating Backstage" lud die Junge Industrie Nö/Bgld zu einem Webinar in Kooperation mit dem KSV1870.

Wie entsteht ein Rating? Welche Daten fließen dabei ein? Welche Auswirkungen hat die Pandemie auf die Bonitätsbewertung? Unter der Moderation der JI NÖ/Bgld-Co-Vorsitzenden Christina Glocknitzer ist die Junge Industrie im Februar diesen Fragen nachgegangen. KSV1870-CEO Ricardo-José Vybiral gab zunächst einen Überblick über die Situation der insgesamt 30.000 KSV1870-Mitglieder: „Für das Jahr 2022 gehen wir nicht von einer Zunahme der Insolvenzen aus, es kommt eher zu einer Glättung der Statistik." Etwa die Hälfte der Betriebe hätte Coronahilfen beansprucht, was aber nicht zu einer Verschlechterung der Bewertung führe, wie KSV1870-Prokurist Günther Fasching erklärte: „Im Gegenteil, wenn ein Unternehmen vorsichtig agiert, ist das gut."

Für viele JI-Mitglieder war überraschend, wie viele Daten in eine Unternehmensbewertung einfließen: Die Bandbreite reicht unter anderem von Selbstauskünften, Bankauskünften, Zahlungserfassungen und Bilanzen bis hin zu Insolvenzen. Rund 100 Beschäftigte des KSV1870 pflegen täglich Informationen in die Datenbanken ein. „Medienberichte haben keinen direkten Einfluss auf ein Rating, lösen aber häufig Recherchen aus", so Fasching. Insgesamt habe die Auskunftsbereitschaft der Unternehmen seit der Pandemie zugenommen. Auch die Bewertung von Cyberrisiken spiele eine immer größere Rolle. Abschließend erhielten die JI-Mitglieder noch Tipps, wie sie ihr eigenes Unternehmensrating verbessern könnten – etwa durch das Einhalten von Zahlungsfristen, Selbstauskünfte oder das Einholen von Bonitätsauskünften ihrer Geschäftspartner.

KSV1870-CEO Ricardo-José Vybiral rechnet für 2022 nicht mit einer Zunahme an Insolvenzen.

Zeit abgelaufen

Europa mag wirtschaftlich Gewicht haben, „soft power" alleine reicht aber nicht. Es sollte sich rasch etwas ändern.

Darüber, dass die EU sich auch um eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik bemühen sollte, wurde seit Jahren viel diskutiert. Dass Europa zunehmend auf eigenen Beinen stehen müsse, ist zudem seit der stärkeren Orientierung Richtung Pazifik unter US-Präsident Obama immer offensichtlicher geworden. Passiert ist aber de-facto nichts, vielleicht ein paar symbolische Maßnahmen, aber das war's schon. Nun wurde Europa deutlich gezeigt, dass die Zeit für muntere Diskussionen abgelaufen ist.

So kann Europa nur Haltung zeigen. Dankenswerterweise hat auch Bundeskanzler Karl Nehammer darauf hingewiesen, dass Österreich militärisch neutral sein mag, aber dass man derart eklatante Brüche des internationalen Rechts natürlich nicht hinnehmen kann. Dass wir klar mit der ganzen EU auf der Seite der Ukraine stehen. Gut, aber gelöst ist leider auch nichts.

So bitter die aktuelle Situation ist, werden wir hoffentlich zumindest die richtigen Lehren daraus ziehen. „Soft power" alleine reicht nicht, wenn sich andere in der Welt nicht an die internationalen Spielregeln halten. Europa muss jetzt nicht nur rasch auf eigenen Beinen stehen, sondern laufen lernen.

So müssen wir auch dringend schneller daran arbeiten, uns nicht von einem Land durch unsere Abhängigkeit von Energieimporten erpressbar zu machen – auch das ist lange bekannt, noch länger in Diskussion. Passiert ist aber zu wenig.

Last but not least sollten uns die aktuellen Geschehnisse deutlich machen, wie wertvoll eine echte Demokratie ist – bei allem Ärgernis über manchmal schwierige Konsensfindung oder langsames Regierungshandeln. In einer Demokratie wäre es ungleich schwieriger, dass ein Mann mit einem, sagen wir mal, originellen Blick auf die Weltgeschichte die gesamte Nachkriegsordnung in Europa kippen kann.

Viele haben die aktuelle Lage damit kommentiert, dass wir an einer Zeitenwende stünden, Europa und die Welt würden nach dieser Tragödie nicht mehr dieselben sein. Man kann nur hoffen, dass dies auch auf das gemeinsame Europa und seine internationale Handlungsfähigkeit zutrifft.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Fotos: JI/Prantl, Georg Wilke

Green Deal kostet NÖ Wirtschaft bis zu 0,8 Prozent an Wertschöpfung

Im Auftrag der IV-Niederösterreich und der Wirtschaftskammer NÖ hat das EcoAustria-Institut berechnet, wie sich der Green Deal auf die Unternehmen auswirkt.

Niederösterreichs Wirtschaft ist grundsätzlich bereit, ihren Beitrag zum Green Deal zu leisten und in den Klimaschutz zu investieren. In wirtschaftlich herausfordernden Zeiten dürfen Zielverpflichtungen der Klima- und Energiepolitik aber kein Hemmschuh für den Wirtschaftsstandort NÖ und vor allem für die Unternehmen sein.

„Niederösterreich gehört zu den europäischen Regionen, in denen die Wertschöpfung pro Tonne CO2 relativ niedrig ist, sprich die Produktionstätigkeit erfolgt mit einem vergleichsweise hohen Ausstoß an Treibhausgasen. So ist davon auszugehen, dass die kostenerhöhenden Maßnahmen des Green Deals in Niederösterreich möglicherweise mit stärkeren negativen Effekten verbunden sein werden als im Rest der EU“, so Studienautorin und EcoAustria-Direktorin Monika Köppl-Turyna. Die von der IV-NÖ initiierte Analyse der EcoAustria ergab, dass die niederösterreichische Wirtschaftsleistung kurz- bis mittelfristig im Ausmaß von 0,5 bis 0,8 Prozent der Wertschöpfung durch Kostensteigerungen aufgrund des Green Deals betroffen ist. Zu den Sektoren, die am ehesten betroffen sind, zählen die Verkehrswirtschaft, die Herstellung von Waren sowie der Handel.

„Mittel- bis langfristig ist jedoch davon auszugehen, dass die Umrüstung auf CO2-freundlichere Produktion und die Entwicklung neuer Technologien Teile dieser negativen Effekte kompensieren werden können“, bleibt Köppl-Turyna zuversichtlich.

IV-NÖ-Präsident Thomas Salzer sieht die Industrie beim Green Deal ganz klar als „Teil der Lösung, nicht Teil des Problems“. Das würde auch eine Umfrage bestätigen, die die IV-NÖ kürzlich unter den Mitgliedsbetrieben geführt hat. Zu den häufigsten Maßnahmen, die Industrieunternehmen ergreifen, um den Klimawandel abzuschwächen, zählen die Modernisierung der Gebäude, reduzierte Reisetätigkeit, Recycling, E-Mobilität, aber auch Veränderungen bei der Energieversorgung sowie die Entwicklung klimafreundlicher Produkte. „Natürlich müssen Emissionen reduziert werden – aber bitte durch Technologien und Innovationen und nicht durch den Stopp dringend benötigter Infrastrukturprojekte“, so Salzer, denn: „Wenn Österreich bis 2040 klimaneutral sein will, dann brauchen wir ein riesiges Investitionsprogramm für neue Infrastrukturen für Verkehr und Energie, Gebäude und Energiebereitstellung.“ Aufgrund der aktuellen Kostenexplosion bei den Strom- und Gaspreisen fordert er Unterstützung für die Betriebe: „Die Unternehmen wollen hier kein geschenktes Geld, sondern Maßnahmen wie eine Strompreiskompensation, die es in anderen EU-Ländern längst gibt, oder eine schnellere Energieabgabenrückvergütung. Die Energiekosten entscheiden schließlich maßgeblich darüber, ob wir noch verlustfrei produzieren können oder nicht“, so Salzer.

WKNÖ-Präsident Wolfgang Ecker hält fest, dass die Wirtschaft die europäischen Klimaziele unterstützt, aber: „Sie müssen wirtschaftsverträglich und leistbar bleiben. Im Vordergrund steht die CO2-Reduktion, aber nicht die Art der Technologie, wie dies von der Wirtschaft zu erreichen ist.“ Bestes Beispiel sei der Straßenverkehr: Hier ausschließlich auf batteriebetriebenen Antrieb zu setzen ist für den WKNÖ-Präsidenten zu kurz gedacht: „Dieser Antrieb soll in einem fairen Wettbewerb mit anderen Antrieben wie grünem Wasserstoff, E-Fuels oder Biokraftstoffen stehen. Das lässt sich auch eins zu eins auf die ökologische Gebäudeerrichtung und –sanierung umlegen, aber auch auf die Prozesswärme in gewerblichen oder industriellen Herstellungsprozessen.“ Außerdem plädiert Ecker für schnellere UVP-Verfahren und die Erhaltung des bestehenden Gasnetzes. „Bei jahrelangen Genehmigungsverfahren schaffen wir keinesfalls die rechtzeitige Umsetzung“, so Ecker. Das bestehende Gasnetz brauche man nicht nur als Brückentechnologie, sondern vor allem für künftige Wasserstoff- und Grüngasanwendungen.

Martin Wurzl, designierter Werksleiter Technik & Produktion Fritz Egger GmbH & Co KG am Standort Unterradlberg sieht im Green Deal für seine Branche Chancen, aber auch Risiken: „Unsere Produkte sind bereits jetzt ein perfektes Beispiel für die Kreislaufwirtschaft, da wir Altholz recyclen, biogene Abfälle und Prozessstäube für die interne Energieerzeugung verwerten und möglichst nach dem „Zero Waste“-Prinzip produzieren. Zu den Risiken zählen für uns allerdings die Unsicherheiten im Emissionshandel, Nutzungsbeschränkungen von Wäldern und vor allem ein verstärkter Zugriff auf Holz als Energieträger und Rohstoff“, so Wurzl.

AKTUELLES IN KÜRZE

Expat & Relocation Service für internationale Schlüsselfachkräfte

Das Expat & Relocation Service von ecoplus International unterstützt heimische Unternehmen bei der Aufnahme ausländischer Schlüsselkräfte. Das Leistungsspektrum umfasst individuelle und persönliche Beratung, ein Welcome-Paket sowie einen kompakten NÖ Expat-Guide. Weitere Informationen dazu unter www.workinloweraustria.com

Firmenlauf der Industrie am 23. April in Waidhofen/Ybbs

Zum 22. Mal veranstaltet der NÖ Betriebssportverband den Firmenlauf der Industrie, den die IV-Niederösterreich auch heuer wieder unterstützt. Der Lauf findet am 23. April statt und wartet mit einer Neuerung auf: Die Distanz wurde halbiert, um den Mitarbeitern den Einstieg in den Laufsport noch leichter zu machen. Anmeldungen sind bis 20. April möglich, www.fitatwork.at

Fotos: Adobe Stock, NÖBSV/Max Louis Köbele

Energiepreise mit existenzbedrohendem Ausmaß

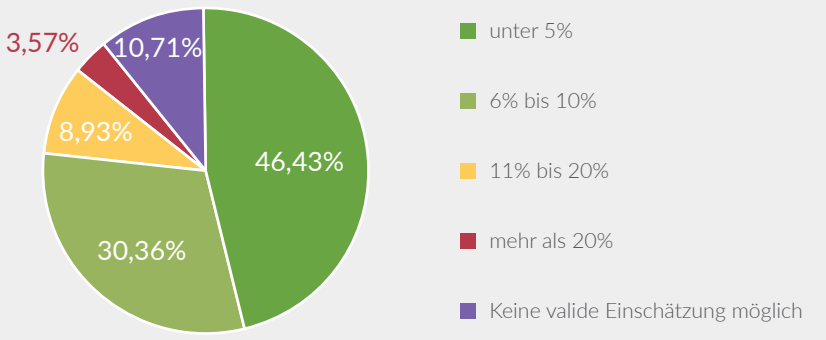
Um die Risiken und Auswirkungen der aktuell hohen Energiepreise besser abschätzen zu können, hat die IV-NÖ kürzlich eine Befragung unter den Mitgliedsbetrieben durchgeführt.

In der Umfrage wurde unter anderem erhoben, worin die Industriebetriebe in den kommenden Monaten das größte Risikopotenzial sehen. Am häufigsten genannt wurde hierbei Rohstoff- und Supply-Chain-Risiken, Energiekosten sowie der Fachkräftemangel. Deutlich wurde zudem, dass die Entwicklung der aktuellen Energiepreise mittlerweile existenzbedrohende Ausmaße annimmt: So geht bereits mehr als ein Drittel (34%) der Betriebe davon aus, dass die Energiekosten im Jahr 2022 über zehn Prozent der Betriebsleistung ausmachen werden. Zum Vergleich: Im Jahr 2020 verzeichneten nur 17 Prozent der Betriebe einen Energiekostenanteil von über zehn Prozent der Betriebsleistung.

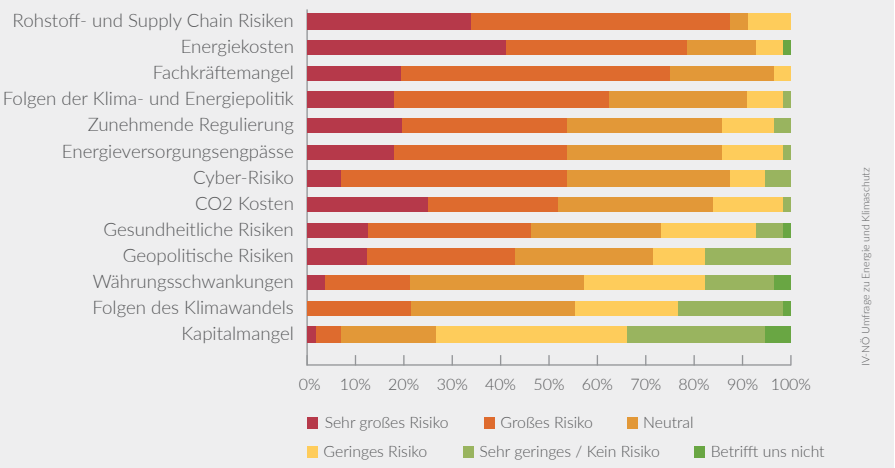
Wenig Hoffnung haben die Betriebe beim Einsparungspotenzial ihres Energieverbrauchs in den kommenden drei Jahren: Gut drei Viertel (=76,79%) der Betriebe gehen davon aus, dass sich maximal zehn Prozent durch wirtschaftlich darstellbare Maßnahmen einsparen lassen. Knapp die Hälfte (46,43%) halten überhaupt nur Energieeinsparungen von unter fünf Prozent für wirtschaftlich realistisch. Deutlich erkennbar ist zudem, dass die Betriebe nicht daran glauben, dass die von der EU und Österreich vorgegebenen Klimaziele erreicht werden können. Lediglich 3,7 Prozent der befragten Unternehmen glauben, dass Österreich bis 2040 den Status einer klimaneutralen Volkswirtschaft erreichen kann. Die klimaneutrale Produktion bis 2050 gemäß EU-Ziel halten hingegen zumindest 21,43 Prozent der Betriebe für realistisch.

Insgesamt haben 56 Betriebe im Befragungszeitraum von 26. Jänner bis 9. Februar an der Umfrage teilgenommen haben. Die Ergebnisse fließen einerseits in die interne Arbeit der IV-NÖ ein, andererseits wurden sie bei der Pressekonferenz zum Thema Green Deal am 22. Februar präsentiert.

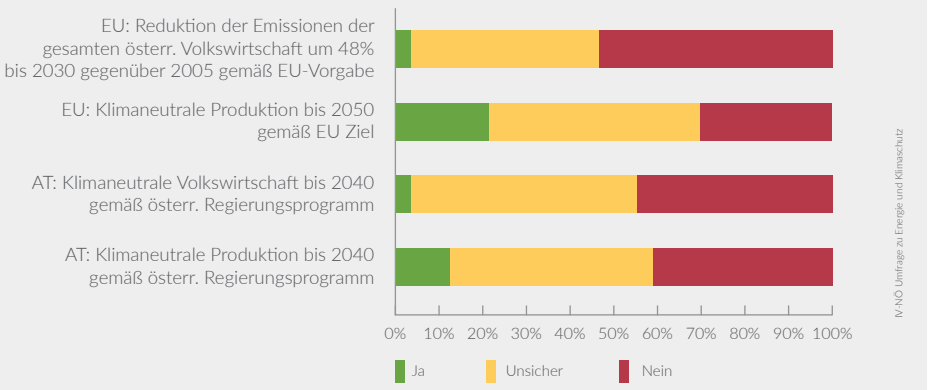
Einsparpotenzial des Energieverbrauchs innerhalb der nächsten drei Jahre



Risikopotenzial in den nächsten 12 Monaten



Sind die aktuellen Ziele (EU-Ebene u. nationale Ebene) realistisch erreichbar?



Einmal über den Großen Teich

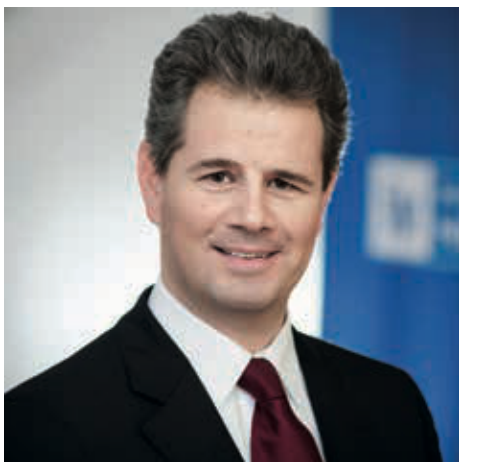
Der vierte "Talk Around The World" führte die Junge Industrie NÖ/Bgld nach Amerika – konkret in die USA und nach Chile.

Seit Beginn der Pandemie hat die Junge Industrie aus der Not eine Tugend gemacht – und reist nun virtuell, in Form von Online-Talks mit den Wirtschaftsdelegierten der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA. Am 14. Februar waren bei dem Format namens „Talk Around The World" Stefan Stantejsky, der stellvertretende Wirtschaftsdelegierte in New York, sowie Drazen Maloca, der Wirtschaftsdelegierte in Santiago de Chile, zugeschaltet.

Unter der Moderation von JI NÖ/Bgld-Co-Vorsitzenden Steven Blaha diskutierten die Mitglieder über Marktchancen und Wirtschaftsbeziehungen sowie kulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Vergleich zu Österreich. Auf großes Interesse stießen einmal mehr die Einschätzungen zur politischen Lage vor Ort: Etwa die Nachwirkungen des Sturms auf das US-Kapitol und die Rolle von US-Präsident Joe Biden sowie auch der politische Umbruch in Chile. In Chile, nach Brasilien Österreichs zweitwichtigster Handelspartner in Südamerika, wurde im Dezember 2021 der linksgerichtete Gabriel Boric zum Staatspräsidenten gewählt und tritt Anfang März sein Amt an. Zusätzlich arbeitet seit Juli 2021 eine verfassungsgebende Versammlung an einer neuen Verfassung.

Die fünfte Ausgabe der Talk-Reihe ist bereits in Planung: Voraussichtlich Ende April soll die virtuelle Reise nach Israel und Abu Dhabi gehen.

Fotos: Andi Bruckner



Jetzt die Weichen für den Green Deal stellen

Wir alle wissen, dass es ohne grundlegende Änderungen nicht möglich sein wird, die Klimaziele zu erreichen. Wir haben noch nicht die notwendige Netzinfrastruktur, es fehlt an Kupfer und vor allem an leistungsstarken Stromerzeugungsanlagen.

Das Problem ist zu einem großen Teil hausgemacht. Leider dauern UVP- und Genehmigungsverfahren noch viel zu lange. Grüne Klimapolitik und grüne Basispolitik stehen hier in einem Konflikt, der sich bei jedem Genehmigungsverfahren, bei jeder neuen Stromleitung zeigt. Dazu kommt, dass Erneuerbare Energie begrenzt ist, wenn es zu wenig Sonne und Wind oder zu niedrige Wasserstände gibt. Wenn wir deswegen wieder Kohle- und Atomstrom aus dem Ausland importieren müssen, haben wir erst recht eine Lose-Lose-Situation – sowohl für den Klimaschutz also auch für die Energiewende.

Zudem zeigt der militärische Angriff Russlands auf die Ukraine, welche fatalen Folgen die hohe Abhängigkeit von russischem Gas haben kann. Wenn über die bestehenden Leitungen noch weniger geliefert wird, könnte es tatsächlich zu einer Gasknappheit kommen.

So düster dieser aktuelle Ausblick nun auch klingt, es ist noch nicht zu spät, um die Vorgaben des Green Deal bis 2050 zu erreichen. Dazu müssen wir aber jetzt die richtigen Weichen stellen und unpraktikable Regelungen abschaffen.

Bei der Bekämpfung der Klimakrise ist die Industrie schließlich Teil der Lösung und nicht Teil des Problems. Wir brauchen daher einen schnelleren Netzausbau sowie eine breitere Förderung von alternativen Technologien im Bereich Speicherung und Wasserstoff-Erzeugung. Es braucht aber auch einen fairen Wettbewerb mit anderen CO2-neutralen Energieformen.

Am wichtigsten für die Erreichung des Green Deals – bei gleichzeitigem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit – ist aber eine strategische Energiepolitik. Energie ist ein wesentlicher Kostenfaktor für Produktionsbetriebe. Wenn wir uns die Produktion nicht mehr leisten können, haben wir als Industriestandort keine Zukunft.

Ihr

Thomas Salzer,
Präsident der IV-Niederösterreich

Aktuell errichtet Umdasch ein neues Wasserkraftwerk in Töging am Inn, das Strom für 200.000 Haushalte liefern soll.

„Es reicht nicht mehr, nur CO2 zu sparen“

Wolfgang Litzlbauer, Vorstandsvorsitzender der Umdasch Gruppe, sprach mit den iv-positionen über die Zukunftsthemen in der Bauwirtschaft, das Engagement des Amstettner Unternehmens im Bildungsbereich und die Bedeutung von Coding-Kenntnissen.

Wolfgang Litzlbauer ist seit Juli 2021 Vorsitzender des Vorstands der Umdasch Gruppe, davor war er 27 Jahre bei der oberösterreichischen Miba AG, zuletzt als stellvertretender Vorstandschef.

Sie sind seit Juli 2021 Vorsitzender des Vorstands der Umdasch Gruppe, davor waren Sie 27 Jahre bei der Miba AG, zuletzt als stellvertretender Vorstandschef. Haben Sie sich schon gut eingelebt in Amstetten?
Sehr gut, danke der Nachfrage. Ich bin sehr offen und herzlich aufgenommen worden. Das hat mir den Start leicht gemacht. Ich kannte ja das Unternehmen schon durch meine Aufsichtsratstätigkeit. Und meine langjährige Erfahrung in einem internationalen Familienunternehmen kommt mir beim Einleben natürlich auch zugute.

Seit seiner Gründung 1868 hat sich das Unternehmen laufend weiterentwickelt. Was werden in den nächsten 10 bis 20 Jahren die Zukunftsthemen in der Bauwirtschaft sein?
Der Bau ist weltweit mit einer gewaltig großen Nachfrage konfrontiert. Lebten 2010 noch sieben Milliarden Menschen auf der Erde, werden es 2050 schon 9,7 Milliarden sein. Das bedeutet große Investitionen, nicht nur in den Bau von Wohnungen, auch Infrastruktur: Straßen, Brücken, Kraftwerke, das alles muss angepasst werden. Das kann die Bauwirtschaft mit ihren herkömmlichen, ressourcenintensiven und oft unproduktiven Methoden nicht bewerkstelligen. Hinzu kommt die Klimafrage, die mittlerweile so dringlich geworden ist, dass es nicht mehr ausreicht, CO2 „nur“ einzusparen – CO2 muss der Atmosphäre wieder entzogen werden.

Parallel zum steigenden Bedarf haben wir es mit sinkenden Ressourcen zu tun: weniger zur Verfügung stehende, qualifizierten Arbeitskräften, Reduzierung des Verbrauchs teurer, wertvoller Rohstoffe und die Eliminierung umweltschädlicher Materialien und Methoden.

Also: Hoher Bedarf bei geringem Ressourceneinsatz - um das zu schaffen, braucht es neue Technologien und eine damit verbundene ganzheitliche Betrachtung des Baus.

Können Sie das genauer ausführen?
Nehmen Sie etwa ein Wohngebäude und seinen Lebenszyklus – also von seiner Entwicklung über die Planung und den Bau, die Ausstattung und den laufenden Betrieb bis hin zum Rückbau und der Wiederverwertung. In der Segmentbetrachtung dieser Phasen ergeben sich maximale Ressourcenaufwände, maximale Kosten, dazu viele Fehlerquellen an Schnittstellen. In der holistischen Betrachtung hingegen steht ein einziger, durchgängiger, transparenter Prozess im Sinne der Kreislaufwirtschaft, der auf Minimierung und Optimierung ausgelegt ist.

Entlang dieses Zyklus gibt es viele Betätigungs- und Wachstumsfelder. Speziell mit der Umdasch Group Ventures dringen wir auch schon in viele dieser Felder vor: Etwa mit BIM, wenn es um Transparenz und Durchgängigkeit geht. Konkret auch mit Beteiligungen wie der NeoTwin, die die effiziente Steuerung des laufenden Betriebs eines Gebäudes im Fokus hat.

Die Umdasch Group Foundation unterstützt viele Bildungsprojekte – etwa auch die kürzlich gegründete MINTality-Stiftung, die vor allem Frauen für technische Berufe begeistern soll. Warum ist dem Unternehmen das bildungspolitische Engagement so wichtig?
Weil unsere Zukunft von Menschen gemacht wird. „Wir schaffen Räume“ ist die Mission der Umdasch Group. Das beinhaltet den Raum, den junge Menschen brauchen, um ihre Ideen umsetzen und sich dabei entfalten zu können. Mit unserem Bildungsengagement wollen wir genau das: Weiterentwicklung, Innovation und Selbstbestimmung fördern und letztendlich Wohlstand und ein friedvolles Zusammensein. Bildung ist die Grundlage für all das.

Ein weiteres, noch jüngeres Projekt, das die Umdasch Group Foundation unterstützt, ist 42Vienna - eine Coding-Academy, die auch von der IV-NÖ gefördert wird. Wie wichtig sind Coding-Kenntnisse für ein großes Industrieunternehmen wie die Umdasch Group?
Die Digitalisierung wird unsere Gesellschaft maßgeblich zum Besseren verändern. Der Bedarf an gut ausgebildeten Programmierern, Softwarearchitekten, Dataanalysten und anderen IT-Fachkräften ist riesengroß. Initiativen wie die 42Vienna, die wir nach Österreich gebracht und hier mitinitiiert haben, sind daher im Coding-Bereich wichtige Ergänzungen zum bestehenden Bildungssystem. Die Zugänge sind unkompliziert, das Programm ist auf Talente und Interessen zugeschnitten, die Ausbildung praxisnah. Wir starten zunächst in Wien, ein weiterer Standort in Amstetten ist in Planung.

Wenn Sie drei Dinge am Industriestandort Niederösterreich ändern könnten - was würden Sie tun?
Ich würde mich für ein besseres Verständnis dafür einsetzen, welche Bedeutung die Industrie für den Wohlstand der Menschen hat und vor allem: welche Möglichkeiten sie bietet – etwa für junge Leute.

Damit einher geht eine Neudefinition des allgemein in der Gesellschaft oft falsch verstandenen Begriffs von Leistungskultur und Leistungsgerechtigkeit. Und zwar nicht im Sinne dessen, dass wir immer härter arbeiten. Sondern im Sinne dieser so wertvollen Erfahrung, wenn Leidenschaft für den Job und der Wille zur Extra-Meile zum gemeinsamen Erfolg führen.

Auf meiner To-do-Liste stünde außerdem der Abbau von Bürokratie und überbordendem Verordnungswesen. Im internationalen Wettbewerb ist das hinderlich und nachteilig.

UMDASCH

Die Umdasch Group bildet die Holding über den drei operativen Unternehmen Doka, umdasch The Store Makers und Umdasch Group Ventures. Die Anfänge des Unternehmens mit Sitz in Amstetten reichen bis ins Jahr 1868 zurück. Heute verzeichnet das Familienunternehmen knapp 8.800 Beschäftigte an mehr als 170 Standorten auf fünf Kontinenten. Wolfgang Litzlbauer hat mit 1. Juli 2021 den Vorstandsvorsitz der Firmengruppe übernommen.

ÜBER DIE CODING-AUSBILDUNG 42VIENNA

Das 2013 in Paris gegründete Ausbildungsmodell basiert auf einem „Peer-to-Peer“-Lernmodus, der ohne Professoren und Frontalunterricht auskommt. Im Fokus steht projektbasiertes Lernen mit spielerischen Modulen („Gamification“). Bestandteil der Ausbildung sind zwei sechsmonatige Praktika.

42Vienna eröffnet im September 2022 einen Campus in Döbling. Ein Satellitencampus in Amstetten soll in den kommenden Jahren folgen. Im ersten Studienjahr stehen 150 Studienplätze zur Verfügung. In den nächsten drei Jahren soll diese Zahl auf insgesamt 450 Studierende pro Jahrgang steigen.

Zu den Förderern von 42Vienna zählen unter anderem die Umdasch Group Foundation, Worthington Industries, Welser Profile und die IV-Niederösterreich.

Weitere Informationen auf:
42vienna.com

Fotos: Paul Bauer, Kasjan Choroba